

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1911)
Heft: 23-24

Artikel: Pazifistische Rundschau
Autor: Schulthess, Konrad
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-802724>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

zeit besseres zu tun, und ihre Regierungen sollten mit allen Mitteln darauf Bedacht nehmen, der Notlage, in der sich sowohl die Landwirtschaft wie alle Erwerbsgruppen bald befinden, abzuhelfen. Ueberall hört man das Geschrei der Teuerung, überall ein Missraten der notwendigsten Produkte für die Lebenshaltung von Menschen und Tieren. Es klingt wie eine bittere, blutige Ironie, das dumpfe Waffengerassel, und daneben das im vollen Brushton gesungene Lob auf unsere hohe Kultur. Wenn sich die drohenden Wolken am politischen Horizonte auch für diesmal verziehen, so ist damit die Gefahr einer kommenden Entladung doch nicht gehoben. „Mit Diplomatenwortgepränge treibt man die Völker in die Enge“, solches Wort hat der grösste Diplomat des letzten Jahrhunderts geprägt, nämlich Bismarck. Gegen einen Krieg haben einzig offen und freimütig die Sozialisten aller Länder ihre scharfe Stimme erhoben. Es ist bezeichnend, dass diese von aller Welt gehasste Partei nun schon zum zweiten Male bei den Marokko-Affären ihre Stimme erhoben hat.

Als vor der Algeciraskonferenz der damalige Minister des Aeußern, der auch jetzt wieder in der französischen Regierung sitzt, der Minister Delcassé, es aufs äusserste trieb, da war es der französische Sozialisteführer Jaurès und sein Anhang, die dem Herrn auf die Finger klopften. Alle Achtung vor solchen Leuten, mögen sie deutscher oder französischer Zunge sein, ihr Veto in solchen Fragen schafft ihnen Respekt.

Weder Deutschland noch Frankreich oder eine andere Macht, die darin verflochten ist, kann wesentliches gewinnen. So wie die Verhältnisse heute liegen, bedeutet Krieg ein viel grösseres und ungeheures Unglück als vor hundert Jahren. Nicht nur die Herde und der Hirte, sondern seither entstandene ungeheure Werke würden vernichtet und die Länder arm und elend gemacht. Das hat Japan nach seinem siegreichen Kriege erfahren, und das erfahren heute alle Länder, die sich in solch gewagte Abenteuer stürzen. Das Gescheiteste wäre wohl, man könnte die Kriegsrüstungen auf ein Minimum beschränken, die Zollschranken niederreissen und so den Volksmassen Brot statt Bajonette bieten. Was ziehen wir in unserem Land, das möglicherweise bei einem offenen Ausbruch des Konfliktes gefährdet wird, für eine Lehre. Man wird uns sagen, unser Wehrwesen auf der Höhe halten, kein Opfer dafür scheuen usw.; was aber, wenn unser Volk eine kräftige Armee, aber für Hunderttausende von Menschen gross und klein kein Brot hat?

Wer vermöchte das Elend nur annähernd zu beschreiben, das entstehen würde, wenn unsere Zufuhr nur für einige Wochen abgeschnitten wäre, und das wäre die erste Massregel der Mächte. In den Städten und Industriezentren wären Hungerrevolten hinter dem Rücken der Armee unvermeidlich. Hat doch zurzeit nicht einmal der Bauer genügend Lebensmittel für sich, wovon sollten denn andere leben, die meist auf Einführprodukte angewiesen sind. Die Schweiz bedarf täglich 100 Waggons Weizen, um jeden mit Brot zu versorgen. Einige hundert Wagen liegen in den Vorratsmagazinen, es könnte vielleicht alles in allem gerechnet für einen Monat ausreichen, und dann? — Dann wäre das Schlimmste da für unser Land, denn der Hunger ist der grösste Feind aller Dinge. Warum da in solchen Zeitperioden nicht besser vorgesorgt wird, ist einfach ein Rätsel. Wohl mag die Lösung dieser Frage schwierig sein, aber unüberwindlich ist sie nicht. Würde der Bund nur alljährlich 10,000,000 Fr. am Kriegsbudget abstreichen und der Getreideversorgung zuwenden, unser Volk wäre viel wohlgenährter, zuverlässiger und siegreicher. Aber so bangt es einem vor solchen Dingen.“

Pazifistische Rundschau.

Von Konrad Schulthess, Zürich.

Die Spannung zwischen England und Deutschland ist geschwunden, nachdem sich die beiderseitigen Regierungen ausgesprochen, gründlich ausgesprochen haben. Der Chauvinist sowohl, der „kräftige Kriegsfanfare“, wie auch der Friedensfreund, der überschwängliche Freundschaftszusicherungen erwartete, sie beide werden enttäuscht sein. Ohne Phrasen, dafür aber offen und ehrlich, haben die beiden Regierungen dem lebhaften und allgemeinen Wunsche der zwei stammverwandten Völker nach Beseitigung der bestehenden Missverständnisse und Differenzen Ausdruck verliehen. Ohne Phrasen und ohne Ueberschwänglichkeit, ich wiederhole es, haben Sir Edward Grey und Bethmann-Hollweg die dringende Notwendigkeit gegenseitiger Verständigung und die Möglichkeit friedlichen Nebeneinanderlebens der beiden Nationen betont. Wie nüchtern, wie kühl abwägend und berechnend, wie realpolitisch meinetwegen diese Erklärungen auf den ersten Blick auch erscheinen mögen, so gewichtig, so weittragend sind sie. Mir wenigsten bedeuten sie mehr, unendlich mehr als wenn die Vertreter der beiden Regierungen bestrickende aber unauf richtige, falsche Friedensschalmeien hätten ertönen lassen, denn sie zeigen uns nicht nur den Weg, auf welchem Deutschland und England zu einer dauernden, ehrlichen Verständigung gelangen können, sondern, was mindestens ebenso bedeutsam ist, sie zeigen uns, dass beide Regierungen aufrichtig gewillt sind, diesen Weg auch zu beschreiten. Und das ist doch wohl die Hauptsache.

Fast hat es geschienen, als ob das Beispiel Italiens Nachahmung finden sollte: Russland richtete kurz nacheinander zwei anmassende Ultimatums an Persien, die dieses, sofern es nicht gleichzeitig auf seine Souveränität verzichten wollte, unmöglich erfüllen konnte. „Fast“, sage ich, denn nunmehr hat sich glücklicherweise — herausgestellt, dass dem nicht so ist, dass auch das allgewaltige und sonst recht rücksichtslose Russland der italienischen Regierung in ihrer Ueberfallpolitik nicht folgen wolle. Es ist zu hoffen, und, wenn man den Zeitungsberichten Glauben schenken darf, sogar sehr wahrscheinlich, dass es zu einem persisch-russischen Kompromiss kommen wird. Ob dazu die Proteste des persischen Parlamentes an die Volksvertretungen aller Länder etwas beigetragen haben? Mag sein, viel aber kaum. Dagegen hat wohl Russland England nachgeben müssen, das sich auf das englisch-russische Abkommen von 1907 berief, wonach die Integrität Persiens von beiden vertragsschliessenden Mächten gewahrt werden muss. Das aber zeigt uns wieder einmal mit aller Deutlichkeit, dass internationale Verträge, obschon sie nur „papiernen“ sind, trotz aller gegenteiligen Behauptungen doch nicht so mir nichts dir nichts mit Füssen getreten werden können, mag der Wille und vielleicht sogar die Macht dazu auch noch so sehr vorhanden sein. Und das beweist uns weiterhin, dass auch der tripolitanische Raubzug mit nicht allzu grosser Mühe hätte verhindert werden können von den europäischen Grossmächten, wenn nicht — worauf allerlei hindeutet, und was man leider annehmen muss — das Ganze eine schon längst abgekarte Sache gewesen wäre. Sicherlich darf man für diese unerhörte Verletzung des Völkerrechts weder das italienische Volk als Gesamtheit, noch den jungen König verantwortlich machen, sondern vielmehr jene „Unverantwortlichen“, jene Cliques, die hinter den Kulissen ihr schändliches Wesen treiben, nicht zuletzt aber auch die europäischen

Regierungen, welche diesen Raubzug und die scheußlichen Greueltaten zuließen.

* * *

Und wenn man nun einmal auf diese „Unverantwortlichen“ zu sprechen gekommen ist, so darf ichs nicht unerwähnt lassen, wie energisch und rücksichtslos die Regierung des Deutschen Reiches diesen unverantwortlichen Kriegshetzern, zu denen also sogar der Kronprinz gehört, und die bekanntlich in dem sömmerlichen Marokkorummel die „treibenden Kräfte“ dargestellt haben, das Handwerk gelegt hat. Man mag über den deutschen Reichskanzler denken wie man will, Anerkennung muss jeder Friedensfreund ihm dafür zollen, dass er ohne Scheu die Machenschaften der Alldeutschen und anderer Chauvinisten brandmarkt hat. Und erfreulich ist es, dass die deutsche Reichsregierung nichts wissen will von der „Gewaltpolitik“, die ein Maximilian Harden, ein Herr von Heydebrand und ungezählte andere mit grossem Geschrei dem deutschen Volke predigen und anempfehlen. Und ein Glück ist es, dass das Deutsche Volk das Verwerfliche dieser Treibereien einsieht und von sich weist.

* * *

Italien vermehrt seine Armee. Und auch in Deutschland rufen die Konservativen und völkischen „Ur- und Pangermanen“ nach mehr Schiffen und mehr Soldaten. Ein gewisser Professor predigt sogar vom Katheder herab, was von den echt deutsch und national führenden Zuhörern mit minutenlangem Beifallsgetrampel quittiert wird. Deutschland braucht mehr Schiffe. Unstreitig. Aber dann wird England auch seine Flotte vergrössern! Tut nichts, drauf werden wir eben weitere neue Panzer fordern... So kann also das Wettrüsten lustig im alten Tempo vorwärts gehen; wer die Schiffe bezahlen muss, das fragt niemand. Und auch daran denkt niemand, dass nur die Ziffern steigen, die Relation jedoch sich gleich bleibt. Wie lange währt's wohl noch, bis sich dieses einfache Rechenexample in den Schädeln der Rüstungsfanatiker einprägt? Wie lange noch?

* * *

In der Weltpolitik siehts recht „strub“ aus. Nach Marokko Tripolis, nach Tripolis Persien. Und diesen Sommer stand man gar einem englisch-deutschen Kriege näher, als einem deutsch-französischen. Beinahe gehts einem, wie dem Reiter, der über den Bodensee ritt, mit Schaudern sehn wir rückwärts... Und dazu kommt die Revolution in China. Auf dem Balkan wirds unruhig, man munkelt von bulgarischen und serbischen Kriegsvorbereitungen, die Kreter möchten auch ein wenig revoluzen, Russland verlangt die Oeffnung der Dardanellen, in Marokko werden Spanien und Frankreich nicht handelseinig..., kurz, es kriselt und spukt an allen Ecken und Enden. „Der Bankrott des Pazifismus“, rufen unsere Gegner, der „Bankrott des bewaffneten Friedens“, wir. Wer hat nun Recht? Die Friedensbewegung soll Fiasko, glänzend Fiasko gemacht haben, wird behauptet. Deutet aber nicht alles darauf, dass der gepriesene „bewaffnete Frieden“ abgewirtschaftet hat, und zwar gründlich. Beweisen nicht alle politischen Ereignisse dieses Jahres mehr, als irgend ein pazifistischer Vortrag oder Artikel es vermöchte, dass auf diese Art der Frieden eben nicht gewahrt werden kann, dass er vielmehr in höchstem Grade bedroht ist, dass die Unsicherheit, die Kriegsgefahr gerade durch das Wettrüsten vergrössert wird, dass der internationalen Anarchie ein Ende, und zwar ein baldiges Ende bereitet werden muss. Somit wird aber auch ein jeder, der

nicht mit Blindheit geschlagen ist, bei einer etwas nachdenklichen Betrachtung der gegenwärtigen Weltlage zum Schlusse kommen, dass heute der Friedensbewegung nicht nur eine erhöhte Existenzberechtigung zukommt, sondern dass die Verwirklichung ihrer Forderungen zu einer dringenden Notwendigkeit geworden ist.

—o—

Resolution der Deutschen Friedensfreunde.

„Die Geschäftsleitung der Deutschen Friedensgesellschaft erklärt hinsichtlich der italienischen Expedition nach Tripolis, dass sie überzeugt ist, im Einverständnis mit dem gesamten deutschen Volke zu sprechen, wenn sie dies Unternehmen als einen aller Moral und jedem Rechte hohnsprechenden Raubzug brandmarkt, durch den der europäischen Kulturwelt die höchste Schmach angetan wird, und sie wünscht, dass es der Wucht der öffentlichen Meinung in allen Kulturländern gelingen möchte, die Regierungen dazu zu bestimmen, dass sie mit allen durch die Haager Konvention gebotenen Mitteln dem frevelhaften Vorgehen Italiens Einhalt tun, und zwar in Erwägung dessen, dass die für alle Mächte verhängnisvoll werdende Ausbreitung des Krieges durch die italienischen Drohungen sehr nahe gelegt ist und dass die Beendigung des Krieges und Wiederaufrichtung des Rechtes im eigensten Interesse der Mächte liegt, die in Gefahr sind, bei Fortsetzung ihres peinlichen Schweigens ihre eigenste Arbeit, wie sie im Haag zu einem erfreulichen Resultat geführt hat, zu vernichten.“

Man ist tatsächlich in ganz Deutschland davon überzeugt, dass das Vorgehen Italiens als die Schmach des Jahrhunderts und als eine Schande für unsere Kultur bezeichnet werden muss und dass die Mächte erst dann ihre Pflicht in vollem Sinn des Wortes erfüllen werden, wenn sie Italien durch eine sehr wirksame Intervention zwingen werden, seine Truppen aus Tripolis zurückzuziehen, wie sie sich mit andern Worten entschliessen könnten, dieser friedensbrecherischen Nation ein donnerndes „Hände weg“ entgegenzurufen.

So wie heute die Dinge liegen, müssen wenigstens die Völker ihre Stimme so laut gegen jenes schmachvolle „Recht des Stärkeren“ erheben, das in Wahrheit das stärkste Unrecht ist, dass es künftig keinen Staatsmann mehr gelüsten soll, davon Gebrauch zu machen.

In der Gewissheit, dass wir in dieser Gesinnung nicht nur mit Ihnen und Ihren Basler Zuhörern, sondern mit dem ganzen Schweizervolk übereinstimmen, zeichne ich im Namen der Deutschen Friedensgesellschaft: Ihr ergebener Stadtpfarrer O. Umfrid, Vorsitzender.

—o—

Der Friedens-Nobelpreis.

Soeben meldet der Draht, dass Alfred H. Fried, Redaktor der „Friedens-Warte“, und Staatsminister Asser, Mitglied des niederländischen Staatsrates im Haag, mit dem Nobelschen Friedenspreis bedacht worden sind.

Fried ist am 11. November 1864 zu Wien geboren. Durch eine Ausstellung Wereschaginscher Kriegsbilder wurde er, 16jährig, zum Kriegsgegner gemacht. 1891 begründete er die Revue „Die Waffen nieder“. 1892 ging er an die Gründung der „Deutschen Friedensgesellschaft“. Als Journalist wirkte er durch Veröffentlichung von Tausenden von pazifistischen Ar-